

DGB Nord · Besenbinderhof 60 · 20097 Hamburg

Innen- und Rechtsausschuss
des Schleswig-Holsteinischen Landtages
Herrn Jan Kürschner, Vorsitzender
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Umdruck 20/5298

Stellungnahme des DGB Nord zum Antrag „Sozialere Ausgestaltung des Rechts auf Kündigung wegen Eigenbedarfs“ (Drs. 20/3214 – Antrag der SPD-Fraktion)

19. September 2025

Sehr geehrter Herr Kürschner, sehr geehrte Abgeordnete,

mit Schreiben vom 25. Juli 2025 geben Sie uns die Gelegenheit zur Stellungnahme zum Antrag „Sozialere Ausgestaltung des Rechts auf Kündigung wegen Eigenbedarfs“ (Drs. 20/3214 - Antrag der Fraktion der SPD). Diese Gelegenheit nehmen wir als DGB Bezirk Nord gerne wahr.

Die Verfügbarkeit und Bezahlbarkeit von angemessenem Wohnraum ist eine der zentralen sozialen Fragestellungen unserer Zeit. In Schleswig-Holstein treffen hohe Mieten auf vergleichsweise niedrige Einkommen, was zu einer besonders hohen Mietbelastung führt. Laut Mikrozensus mussten die Bewohner*innen Schleswig-Holsteins im Jahr 2022 im Durchschnitt 30,2 Prozent ihres Haushaltseinkommens für die Kaltmiete aufwenden. Die anteilige finanzielle Belastung durch Mietkosten liegt damit auf dem Niveau von Hamburg und ist die höchste in einem Flächenland.¹ Immerhin 67 Kommunen in Schleswig-Holstein weisen laut Landesverordnung einen angespannten Wohnungsmarkt im Sinne des § 201a Baugesetzbuch auf. Angesichts dieser Situation kann der Verlust einer bezahlbaren Wohnung schnell zur existenziellen Bedrohung werden.

Im oben genannten Antrag wird die Landesregierung aufgefordert, im Bundesrat den Entschließungsantrag der Freien und Hansestadt Hamburg zur sozialeren Ausgestaltung des Rechts auf Kündigung wegen Eigenbedarfs (Drucksache 68/25 vom 11.02.2025) zu unterstützen. Die im Entschließungsantrag vorgeschlagenen rechtlichen Änderungen – im Wesentlichen hinsichtlich § 573 u. 574 BGB – stärken die Rechte der Bestandsmieter*innen im Falle einer Kündigung

Marco Kiepke
Abteilungsleiter
Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik

Deutscher Gewerkschaftsbund
Bezirk Nord
Besenbinderhof 60
20097 Hamburg
Telefon: 040/6077661-20
Mobil: 0151/61355235

marco.kiepke@dgb.de
www.nord.dgb.de

¹ Gemeinsames Statistikportal des Bundes und der Länder:
<https://www.statistikportal.de/de/nachhaltigkeit/ergebnisse/ziel-1-keine-armut/mietbelastungsquote>



aufgrund von Eigenbedarf, sorgen für rechtliche Klarstellung und schränken bestehende Möglichkeiten des Missbrauchs ein.

Mit Blick auf die oben skizzierte Situation auf dem schleswig-holsteinischen Wohnungsmarkt hält der DGB Nord eine Unterstützung des Hamburger Entschließungsantrages für dringend geboten. Darüber hinaus gilt es, alle verfügbaren Instrumente zur Mietpreisbegrenzung zu nutzen, die der Landesregierung bereits jetzt zur Verfügung stehen.

Wir bedanken uns noch einmal für die Gelegenheit zur Stellungnahme und stehen gerne für Rückfragen zur Verfügung.

Mit freundlichem Gruß

gez. Marco Kiepke